

1. Nahostkommission

Deutschland und der Weg zu einer strategischen Koexistenz nach dem Krieg

Nach einem Jahrzehnt der Stagnation hat sich seit dem 7. Oktober das Tempo der Entwicklungen im Nahen Osten beschleunigt, als die Hamas einen barbarischen Angriff auf Israels Südgrenze verübte. Es folgte ein rücksichtsloser israelischer Angriff im Gazastreifen, der über 100.000 Opfer forderte. Nachdem wir von unserer gemeinsamen Advocacy-Reise im April zurückgekehrt sind, hat es einen beispiellosen iranischen Angriff auf israelischen Boden gegeben, eine gescheiterte Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über die Anerkennung Palästinas und es wurde der Bericht einer unabhängigen Untersuchungskommission veröffentlicht, wonach die israelischen Behauptungen, UNRWA sei in Terrorismus verwickelt, unbegründet sind.

Die Beziehungen zwischen Israel und dem Iran standen nicht im Mittelpunkt unserer Gespräche, aber über einen iranischen Schlag als Reaktion auf Israels Angriff auf den iranischen Botschaftskomplex in Damaskus wurde bereits während unseres Besuchs spekuliert. Angesichts der US-amerikanischen, europäischen und arabischen Streitkräfte, die gemeinsam Hunderte auf Israel abgefeuerte iranische Raketen abgefangen haben, wurde deutlich, wie ein neuer Naher Osten aussehen könnte. Solcherart Zusammenarbeit erfordert eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage zweier unabhängiger Staaten, die über die erforderliche Sicherheit verfügen, um nebeneinander zu existieren und Allianzen in der gesamten Region eingehen zu können.

Wir begrüßen die Absichtserklärung des Auswärtigen Amtes und des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dass Deutschland die Zusammenarbeit mit UNRWA wieder aufzunehmen will. Die Augen[1]zeugenberichte einer Teilnehmerin unserer Delegation, Frau Tahani Abu Daqqa, einer prominenten Führungspersönlichkeit und Aktivistin aus dem Gazastreifen, verdeutlichten, wie dringend es ist, die humanitäre Krise zu beenden. Inzwischen berichteten die Vereinten Nationen von einem deutlichen Anstieg der humanitären Hilfe, die Israel ins Land lässt; diese sei aber immer noch unzureichend und es müsse überwacht werden, ob sie andauere. Wir fordern Deutschland nachdrücklich auf, dazu beizutragen, dass Israel seinen Verpflichtungen entsprechend dem humanitären Völkerrecht nachkommt. Wir wiederholen auch unsere Forderung, die Finanzierung der sechs palästinensischen Menschenrechtsorganisationen wieder aufzunehmen, die Israel als terroristisch eingestuft hat, ohne glaubwürdige Beweise vorzulegen.

Trotz des Vetos der USA zeigte die Abstimmung über die Anerkennung Palästinas als vollwertiges UN-Mitglied im UN[1]Sicherheitsrat eine wachsende internationale Bereitschaft, die Frage der Anerkennung vom Ergebnis der israelisch[1]palästinensischen Verhandlungen abzukoppeln. Auch wir argumentieren seit vielen Jahren, dass Israel kein Vetorecht in Bezug auf die palästinensische Staatsgründung haben darf. Palästina muss der Status zuerkannt werden, der ihm gemäß der UN-Resolution 181 zusteht, um eine "Gleichwertigkeit" zwischen beiden Seiten zu schaffen. Der EU-Außenbeauftragte (HRVP) Josep Borrell hat erklärt, dass möglicherweise mehrere EU-Mitgliedsstaaten bis Ende Mai die Eigenstaatlichkeit Palästinas anerkennen könnten. Wir fordern Deutschland auf, sich diesen Staaten anzuschließen.

Der deutsche Botschafter in Israel, Steffen Seibert, bekräftigte vor Kurzem, dass die Sicherheit Israels deutsche Staatsraison ist; er unterstrich aber auch die Unterstützung Deutschlands für das Recht der Palästinenser, in Würde in einem eigenen souveränen Staat zu leben, und stellte fest, dass beides eng miteinander verbunden ist. Wir glauben, dass die größte Bedrohung für die Sicherheit Israels der anhaltende Konflikt mit den Palästinensern ist und dass diese am besten durch einen inklusiven Ansatz gewährleistet werden kann, der die Sicherheit für beide Seiten garantiert. Die historische Verantwortung Deutschlands bezieht sich auf den Staat Israel, und nicht auf dessen Regierung. In manipulativer Absicht vorgebrachte Antisemitismus-Vorwürfe dürfen nicht dazu führen, dass Deutschland sich seiner Verpflichtung entzieht, die israelischen Regierungspolitik zu kritisieren – einer Politik, die grobe Verstöße gegen das Völkerrecht darstellt, Israel mit internationaler Isolation bedroht und auf die Anklagebank in Den Haag gebracht hat. Ebenso sollten sich kirchliche Vertreter, kulturelle Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen frei für universelle Menschenrechte einzusetzen können, ohne befürchten zu müssen, als antisemitisch gebrandmarkt zu werden.

Israels illegale Siedlungsexpansion geht weiter, und die Gewalt von Seiten extremistischer Siedler und IDF-Soldaten im Westjordanland eskaliert. Zu den besorgniserregenden Entwicklungen der letzten Zeit gehören eine Häufung von Vorfällen, bei denen Siedler auf Palästinenser schossen; Gerichtsbeschlüsse zur Vertreibung palästinensischer Familien aus ihren Häusern in Ostjerusalem; Pläne für acht neue Siedlungen in Ostjerusalem mit mehr als 12.000 Wohneinheiten; Anweisungen von Minister Smotrich an die Ministerien, sich auf die Legalisierung und Versorgung von 68 illegalen Außenposten vorzubereiten; und Angriffe von Siedlern auf humanitäre Hilfskonvois auf dem Weg nach Gaza. Erste EU[1]Sanktionen gegen einzelne Siedler und Organisationen müssen ausgeweitet werden, um diesen alarmierenden Trend zu stoppen und die israelische Regierung zur Verantwortung zu ziehen.

Premierminister Netanjahu bekräftigt weiterhin seine Entschlossenheit, einen vollständigen Sieg über die Hamas zu erringen. Im Grunde genommen bekennt er sich zu endloser Gewalt auf der aussichtslosen Suche nach einer militärischen Lösung für einen Konflikt, der eine politische Lösung erfordert. Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, Druck auf die israelische Regierung und die Hamas-Führung auszuüben, damit sie sich auf einen sofortigen Waffenstillstand einigen, der den Krieg beendet und die Freilassung der Geiseln sicherstellt. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass der Schlüssel zum Sieg über Extremismus in der Beendigung der israelischen Besatzung, der Erfüllung der legitimen nationalen Bestrebungen des palästinensischen Volkes durch einen souveränen palästinensischen Staat an der Seite des Staates Israel und der Bereitstellung internationaler Sicherheitsgarantien für beide liegt.

Wir fordern die deutsche Regierung auf, die notwendige Führungsstärke zu zeigen, um beide Seiten in eine Zukunft der Koexistenz zu führen. Der Wiederaufbau des Gazastreifens muss auf der Grundlage einer "Koalition der Willigen" aus den Vereinigten Staaten, Europa und gemäßigten arabischen Staaten erfolgen, die eine politische „Roadmap“ erarbeitet, in der die Rahmenbedingungen und der Zeitplan für eine Umsetzung der Zweistaatenlösung festlegt wird. Indem Deutschland hierbei eine führende Rolle übernimmt, wird es seiner historischen Verantwortung gerecht und wahrt gleichzeitig regionale, europäische und globale Sicherheitsinteressen.

